

# Pressemitteilung



## 118. Deutscher Ärztetag

Pressestelle der  
deutschen Ärzteschaft

## 118. Deutscher Ärztetag beendet – Zusammenfassung II

Herbert-Lewin-Platz 1  
10623 Berlin

Frankfurt am Main, 15.05.2015 - Die Arbeitgeber waren aufgefordert worden, eine korrekte Dokumentation geleisteter Arbeitszeit zu gewährleisten. Bislang sei noch nichts Ausreichendes geschehen, um die im Arbeitszeitgesetz festgeschriebene objektive Dokumentation zu gewährleisten, kritisierten die Abgeordneten des 118. Deutschen Ärztetages. Die zuständigen Aufsichtsbehörden sollten ihre Prüfmechanismen effektiver gestalten und Verstöße wirkungsvoll sanktionieren, forderten die Abgeordneten.

An Politik und Arbeitgeber erging der Appell des Deutschen Ärztetages, psychosoziale Risikofaktoren stärker in den Fokus zu rücken und das betriebliche Gesundheitsmanagement zu stärken. Psychisch überlastete Beschäftigte erhielten oft zu spät Beratung oder professionelle Hilfe, kritisierten die Abgeordneten. Insbesondere müsse die Schnittstelle zwischen ambulanter medizinischer Versorgung und den Arbeitsmedizinern in den Betrieben nachgebessert werden.

Der 118. Deutsche Ärztetag hat eindringlich für die Weiterentwicklung und Flexibilisierung der ärztlichen Versorgung psychisch Kranker plädiert. Die politisch Verantwortlichen sollten entsprechende Maßnahmen auf Grundlage des „Positionspapier der Bundesärztekammer zur ärztlichen Psychotherapie“ gemeinsam mit der Bundesärztekammer erörtern und in die Wege leiten.

Der 118. Deutsche Ärztetag hat sich für eine Ausweitung von Rahmenvorgaben zur Ausbildung und Tätigkeit akademisierter Gesundheitsfachberufe ausgesprochen. Beginnend mit dem Berufsbild des Physician Assistant sollte die gemeinsame Arbeitsgruppe von Bundesärztekammer und Kassenärztlicher Bundesvereinigung weitere Fachberufe mit einbeziehen. Die

Ansprechpartner:  
Alexander Dückers  
Samir Rabbata  
Tel. (030) 40 04 56-700  
Fax (030) 40 04 56-707  
www.bundesaerztekammer.de  
presse@baek.de

Arbeitsgruppe soll Grundsätze zur Integration weiterer Gesundheitsfachberufe in die Patientenversorgung erarbeiten.

Zur Prüfung der Objektivität von Fortbildungsinhalten hat sich der 118. Deutsche Ärztetag für bundesweit einheitliche Prüfkriterien ausgesprochen. Das ärztliche Selbstverständnis erfordere Fortbildungsinhalte frei von ideologischen und wirtschaftlichen Interessen.

In einem weiteren Antrag sprachen sich die Abgeordneten gegen den Verkauf von Weiterbildungsstellen aus. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft, der Verband der Universitätsklinika Deutschlands sowie ihre Mitgliedsverbände wurden aufgefordert, für eine Gleichbehandlung hinsichtlich der Einstellungsvoraussetzungen und Arbeitsbedingungen von ausländischen Gastärzten in der Weiterbildung zu sorgen. Stipendien sollten zukünftig nur noch zum Erwerb von notwendigen Deutschkenntnissen sowie für Kurse zur Vorbereitung auf eine eventuell anstehende Kenntnisprüfung verwendet werden.